

Economiesuisse ringt um ihre Energiepolitik

Wie der Dachverband der Wirtschaft ein Referendum vorbereitete und dann plötzlich auf die Bremse trat

Von Dominik Feusi, Bern

Bundesrätin Doris Leuthard hat es beim Radio- und Fernsehgesetz geschafft, den Wirtschaftsdachverband Economiesuisse politisch kaltzustellen. Nach langer Kritik wechselte dieser kurz vor der Abstimmung zu den Befürwortern des Gesetzes. Jetzt könnte ihr das bei einem viel wichtigeren Thema gelingen: bei der Energiestrategie 2050.

Die Zeichen verdichten sich nämlich, dass der wichtigste Verband der Schweizer Wirtschaft in dieser Frage mindestens wankt. Vor einem halben Jahr war der Standpunkt des Verbandes noch klar: Nach der Behandlung der Energiestrategie im Nationalrat vom letzten Dezember definierte Economiesuisse gemäss Beteiligten mehrere «rote Linien», die nicht überschritten werden dürften, darunter eine maximale Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) auf 1,5 Rappen pro Kilowattstunde oder der Verzicht auf die laufende Erhöhung der CO₂-Abgabe.

Der Verband hat keine Mehrheit im Bundesrat, keine im Parlament und Furcht vor dem Volk.

Weil der Nationalrat den bundesrätlichen Antrag von 2,3 Rappen KEV in der Session durchgewunken hatte, machte man sich an die Arbeit, eine Koalition gegen diese Verteuerung zu bilden, die nötigenfalls das Referendum ergreifen würde. Vorbehaltene Beschlüsse zu fassen und Partner zu suchen, welche diese mittragen: Economiesuisse tat genau das, was man für eine erfolgreiche Interessenvertretung tut. Im Januar segnete der dafür zuständige Vorstandsausschuss des Verbandes die Beschlüsse ab.

Im Frühjahr spielten zwei unerwartete Entwicklungen den Planungen im Dachverband in die Hände. Der plötzlich stärkere Franken verteuerte den Standort Schweiz Mitte Januar innert Stunden und lieferte ein willkommenes Argument gegenüber der Politik, auf zusätzliche Belastungen der Wirtschaft zu verzichten. Anfang März lehnten schliesslich rekordhohe 92 Prozent der Stimmbürger eine Energiesteuer ab, nachdem schon zahlreiche kantonale Abstimmungen mit Forderungen im Sinne der Energiewende chancenlos geblieben waren.

«Energiewende vor dem Aus?» fragte die «Arena» von SRF1 darum am Freitag nach der Abstimmung und gab damit eine Stimmung wieder, welche die bürgerlichen Parteien bis weit in die CVP hinein erfasst hatte. In der vordersten Reihe der Fernsehsendung mit von der Partie war Monika Rühl, Direktorin von Economiesuisse. Ihre Botschaft: Die Wirtschaft vertrage keine höheren Energiepreise und die Bevölkerung habe das erkannt. Ende März verpflichteten sich SVP, FDP und sogar Doris Leuthards CVP dazu, die Energiestrategie dem Volk vorzulegen. Für das Powerplay der Gegner der Energiestrategie sah es so gut aus wie nie zuvor.

Vorkampagne mit Inseraten

Im Hintergrund hatte inzwischen die Geschäftsstelle erfolgreich eine Koalition gegen die Energiestrategie geschmiedet, mit dabei der Gewerbeverband, die Strassenverbände und der Hauseigentümerverband und von den Parteien die SVP und die FDP, alle jedoch unter der Bedingung, dass Economiesuisse die Führung und insbesondere die Kosten übernehme. Der Name der Koalition stand bereits fest: «Komitee für eine vernünftige und bezahlbare Energiepolitik». Es sollte aufzeigen, was Konsumenten, Mieter, Autofahrer und Steuerzahler mit der Energiestrategie an zusätzlichen Kosten zu gewärtigen hätten. Eigentlich wollte man am 27. April – genau einen Tag vor der Behandlung der Vorlage in der zuständigen Kommission des Ständerates – eine Vorkampagne starten, Medienkonferenz und Inserate mit Politprominenz von SVP bis CVP inklusive.

Doch plötzlich trat die Führung von Economiesuisse auf die Bremse: Die



Die Taktikerin. Schon einmal schaffte es Doris Leuthard, die Economiesuisse aus dem Spiel zu nehmen.



Der Sunnyboy. Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer bremste die Vorbereitungen für ein Referendum. Fotos Keystone

Koalition gegen die Energiestrategie und ihre Vorkampagne wurden gestoppt, die Medienkonferenz abgesagt, die Politiker eingeladen. Heinz Karrer soll «kalte Füsse» bekommen haben, sagen mehrere Quellen übereinstimmend. Er befand, dass der Vorstandsausschuss von Economiesuisse im Mai noch einmal die «roten Linien» diskutieren solle – und damit auch die Frage eines Referendums. Der Rückzieher hat offensichtlich mehrere Gründe, die mit der Person Karrer und dem jahrelangen Identitätsproblem von Economiesuisse zu tun haben.

Das politische Problem ist ganz praktischer Natur: Economiesuisse hat noch nie ein Referendum angeführt. Es war noch nie nötig. Der Verband war sich noch in den Neunzigerjahren gewohnt, missliebige Gesetzesvorhaben bereits im Bundesrat zu verhindern. Dies fiel ihm mit der Entfremdung von Wirtschaft und Politik um die Jahrtausendwende und besonders mit der neuen Zusammensetzung der Regierung ab 2007 zunehmend schwerer. Die enge Zusammenarbeit von Doris Leuthard, Eveline Widmer-Schlumpf und Didier Burkhalter mit den beiden Sozialdemokraten im Bundesrat verun-

möglichten dem Dachverband die einfache Einflussnahme. Die Türen in die Vorzimmer der Bundesräte sind seit Jahren zu. Und in der ablaufenden Legislatur wurde es auch im Parlament zunehmend schwieriger, bürgerliche Mehrheiten zu schmieden, was nicht zuletzt die Energiestrategie zeigte: Die CVP schielte überzeugt nach links oder mindestens loyal zu ihrer Bundesrätin, was beim Abstimmen im Parlament jeweils auf das Gleiche herauskam.

Dreifaches Dilemma

Bei eidgenössischen Volksabstimmungen beschränkte sich Economiesuisse wie eh und je darauf, Initiativen von Links-Grün mit mehr oder weniger Aufwand zu versenken. Da Bundesrat und Parlament nach links gerückt sind, genügt das zur Interessenvertretung nicht mehr. Ein Instrument der direkten Demokratie selber zu ergreifen, wurde jedoch nie in Erwägung gezogen. Seit der Abstimmung über die Abzocker-Initiative spürt die Verbandsführung die Angst vor dem Verlieren in den Knochen. Das politische Dilemma des Verbandes ist darum dreifach: keine Mehrheit im Bundesrat, keine im Parlament und Furcht vor dem Volk.

Daneben hat der Wirtschaftsverband ein organisatorisches Problem: Zahlreiche Mitglieder aus der Energiebranche sind Stromversorger, die mehrheitlich Kantonen, Städten und Gemeinden gehören und deshalb politisch mehr oder weniger stark auf die Energiestrategie getrimmt worden sind. Viele von ihnen erhoffen sich aus der Energiewende Millionen an Subventionen – nicht zuletzt im Ständerat, welcher nicht nur Solar- und Windstrom fördern, sondern auch der Wasserkraft bis zu einem Milliarde Franken pro Jahr zukommen lassen will. Hinzu kommen weitere staatsnahe Unternehmen wie die Swisscom, auf welche Bundesrätin Leuthard ihren Einfluss ausübt.

Gleichzeitig sind die wichtigsten, weil finanzkräftigsten Player im Verband, Banken und Versicherungen, von der Energiestrategie nicht unmittelbar betroffen, wenn man einmal davon absieht, dass der ordnungspolitische Sündenfall bei der Energie eine Einladung zu zusätzlicher Regulierung in ihrem Bereich darstellt. Diese Branchen haben gemäss übereinstimmenden Aussagen keine Lust, sich gegen die Energiestrategie ins Zeug zu legen, zumal sich einige von ihnen im Marketing ein

grünes Image verpasst haben. Economiesuisse als Speerspitze gegen die Energiestrategie, das passt weder den Exponenten des Finanzplatzes noch den staatlichen Stromkonzernen in den Kram.

Hinzu kommt das persönliche Problem der Economiesuisse-Führung. Heinz Karrer stammt ursprünglich aus der Energiebranche und ist ein Vertrauter von Bundesrätin Doris Leuthard. Vor allem ist er ein Sunnyboy, der es sich mit niemandem verscherzen will.

«Der Kopf ist rund»

Karrer legte sich betreffend Energiestrategie in der Öffentlichkeit noch nie auf eine klare Position fest. Er inszeniert sich viel lieber mit weniger umstrittenen Anliegen, wie mit einer Kampagne für das Milizprinzip oder Empfehlungen zur Unternehmensführung. Bezeichnenderweise stellte er in seiner Präsidentsprache am Tag der Wirtschaft im letzten August ein Zitat des französischen Malers und Schriftstellers Francis Picabia voran: «Unser Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung wechseln kann.» Mehrere Zuhörer erinnern sich noch heute daran, wie sie beim Apéro über dieses Zitat gespottet haben, «weil es so gut zu Karrer passt». In der gleichen Ansprache mahnte Karrer zum «respektvollen Dialog mit Bevölkerung und Politik». Darunter versteht Karrer aber nicht die Debatte über konkrete politische Fragen, sondern Imagepflege für die Wirtschaft zum Beispiel mit Schulprojekten. Karrer sei ein Verkäufer geblieben und könne nur loben und lächeln, sagt ein Vertrauter. Er scheue sich davor, Nein zu sagen und jemanden zu verärgern. «Doris Leuthard hat bei ihm ein einfaches Spiel.»

Die Führungscrew wird sich bald entscheiden müssen, ob sie nicht nur wankt, sondern fällt.

Als der Vorstandsausschuss von Economiesuisse im Mai schliesslich wieder zusammentritt, ändert er seine noch im Januar bekräftigte Haltung: Die Vorbereitungen für ein Referendum bleiben in der Schublade. Man wolle zuerst die Debatte im Ständerat abwarten, bevor man ein Referendum beschliesse. Auf Anfrage teilt Economiesuisse jedoch mit, dass dies keine Neupositionierung bedeute. Der Vorstandsausschuss habe seine Beschlüsse vom Januar ausdrücklich bestätigt. Interessant ist aber, dass der zuständige Experte des Verbandes sein Büro Ende Mai geräumt hat. Sein Nachfolger wurde bereits bestimmt: Er kommt aus dem Verband der Schweizerischen Elektrizitätsunternehmen (VSE). Diese haben die Energiestrategie grundsätzlich begrüsst. Auch die Fachkommission zur Energiepolitik hat einen neuen Präsidenten, Remo Lütolf, CEO von ABB Schweiz. Und auch seine Firma steht der Energiestrategie wohlwollend bis zustimmend gegenüber.

Economiesuisse betont in einer Stellungnahme, man lehne Subventionen für die Wasserkraft «grundsätzlich ab». Auch die Subventionierung von Solar- und Windenergie müsse eine Anschubfinanzierung mit zeitlicher Begrenzung und abnehmender Höhe bleiben. «Bei der Energiedebatte gibt es zwei kritische Faktoren aus unserer Sicht: die Versorgungssicherheit und die Energiepreise», sagt Mediensprecher Michael Wiesner. Betreffend der Höhe der KEV gibt man sich beim Verband zurückhaltender als früher. «Mit dem bisherigen Resultat der parlamentarischen Beratung können wir nicht zufrieden sein», sagt er. Konkrete «rote Linien» haben man aber nicht definiert. Die Frage eines Referendums werde man erst nach Abschluss der parlamentarischen Beratung entscheiden.

Nur: Wer ein Referendum wirklich in Betracht ziehen will, muss sich Monate vor der letzten Parlamentsdebatte darauf vorbereiten, nicht nur, wenn es das erste Mal ist. Die Führungscrew des Wirtschaftsdachverbandes wird sich bald entscheiden müssen, ob sie in der Energiepolitik nicht nur wankt, sondern fällt.